

GOOD IMPACT

01
2023

KONSTRUKTIV
UNABHÄNGIG
NACHHALTIG



Deutschland € 8,90
Belgien/Lux € 8,90
Schweiz CHF 9,80
Österreich € 8,90
goodimpact.eu

01



EINSPRUCH FÜRS KLIMA

Wie wir das Recht für unseren
Planeten nutzen können

- Läuft** 8 - 9 — 5 gute Nachrichten - Größere Tiger-Population und kleineres Ozonloch
10 - 11 — Naturtalent - Fleischfressende Pflanze inspiriert Super-Reiniger
12 - 13 — Grauzone - Da tut sich was: Nachhaltigkeit in der Deutschen Fußball Liga
14 — Kolumne Histourismus - Schluss mit Vorurteilen über arabische Sexualität
15 — Früher war jetzt ist alles besser - Thunfische erholen sich
16 — Zu Recht! - Freie Namenswahl in Italien und kein Erdöl für Santos
17 — WTF - Eine Orchideenart lockt Stechmücken mit Menschengeruch

- Im Moment** 20 - 26 — Prisma - Eine neue Bewegung gibt armen Menschen hierzulande eine Stimme
27 — Was stimmt, was stimmt nicht - Ist Käse vegetarisch?
28 - 33 — Streitgespräch - Ist unsere Gesellschaft zunehmend gespalten?

- Systemfragen** 34 - 35 — Vordenken - Digitales Hilfsangebot für Betroffene von sexualisierter Gewalt
36 — Zukunftsbegriff - Gender Planning
37 — Wie sprechen wir über ... - das 1,5-Grad-Ziel?

Schwerpunkt 40 - 83 — Einspruch fürs Klima

- Menschen** 86 - 88 — Interview - Warum Klimaaktivistin Phoebe Plummers Kunst beschmiert hat
90 - 93 — Ortsbesuch - Im feministischen Garten mit Anusheh Amir-Khalili
94 - 95 — Poesiealbum - Zwölf Fragen an Kevin Kühnert, Generalsekretär der SPD

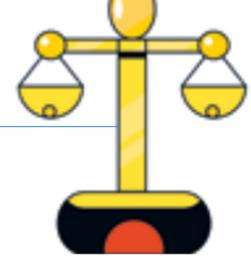
- Lösungen** 98 - 100 — Feature - Wie Postkarten Menschen in Timbuktu über Wasser halten
101 — Zwei Orte - Singapur und Sumatra
102 - 103 — Globale soziale Innovationen - Von Öl-Mikroben bis Schule am Straßenrand

- Los geht's** 104 - 105 — Mein erstes Mal ... postkolonial durch den Kiez
106 - 107 — Politik? Find ich gut! - Clara Bünger (Die Linke)
108 - 112 — Politpop - Initiativen für sozialen Zusammenhalt
114 - 115 — Gute Alternativen - Zugluftstopper und Queermed
116 - 117 — Guck mal - Das liest/schaut/hört die Redaktion
118 — Die Utopie - Psychotherapie ohne Wartezeit
120 - 123 — Unsere Good Family / Companions / Impressum

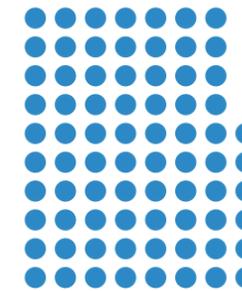
i Lesbarkeit ist uns wichtig. Geschlechtergerechtigkeit auch. Deshalb gendern wir bei Good Impact unsere Texte mit Doppelpunkt - möglichst inklusiv und barrierefrei. Weiterhin bleibt die genaue Umsetzung unseren Autor:innen und Gesprächspartner:innen in Wortlautinterviews selbst überlassen.

ILLUSTRATIONEN Sebastian Schwamm FOTOS IMAGO/ UIG, Marzena Skubatz, Andrea Podbevssek, Milla Blümke

i wird
Mit unserem Namen hat sich auch das Icon am Ende längerer Texte geändert.



Einspruch fürs Klima



Believe the Hype
Klimaklagen gegen Staaten nehmen zu
S. 48



Klimagerechtigkeit
Eine Juristin aus Bangladesch verklagt Deutschland
S. 49

Fotostrecke:
Longyearbyen, Spitzbergen
Marzena Skubatz
S. 54 / S. 72



Die Natur als Person
Wenn Flüsse Rechte bekommen
S. 58



Atomkraft und Gas: Nein, danke
Interview mit der Umweltschutzanwältin Roda Verheyen
S. 64



Gegen Greenwashing
Nachhaltigere Unternehmen und Produkte? Vier Ideen
S. 67

Kohledorf Lützerath
Die Menschen kämpfen weiter
S. 76



Das Gedankenexperiment
S. 83

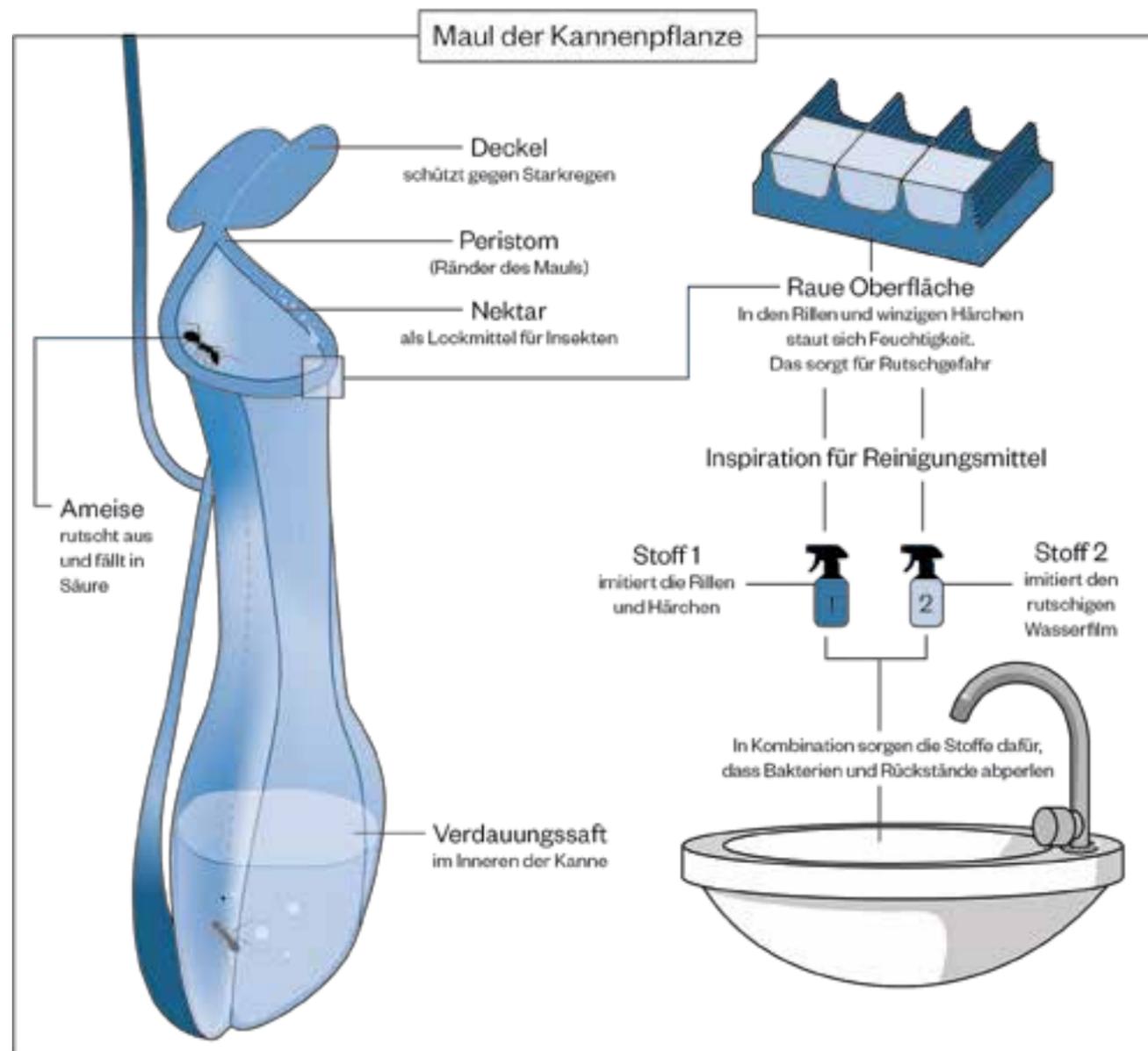


Naturtalent

Schmucke Todesfalle

Kannenpflanzen sind faule Fleischfresser: Sie lassen Insekten auf ihrer glitschigen Oberfläche ausrutschen und direkt ins Maul gleiten. Jetzt wird der Trick für die Reinigung von Sanitäreinrichtungen genutzt

Text: Miriam Petzold



Im tropischen Dickicht lauern lebende Fallgruben auf ihre Beute: An den Blättern der Kannenpflanze baumeln geöffnete Säckchen, nach denen sie benannt ist. Insekten, die sich ihnen nähern, sind verloren. Die Art *Nepenthes attenboroughii* hat den größten Killer-Schlund, mit einem Durchmesser von 30 Zentimetern. Damit kann sie sogar kleine Säugetiere wie Ratten verspeisen. Auf der philippinischen Insel Palawan wartet sie am Boden auf naive Nager. Die meisten anderen Arten der Gattung *Nepenthes* wachsen als Sträucher oder Lianen etwa in Madagaskar, Südostasien und Australien. Sie sehen aus wie schmucke, mittelalterliche Trinkhörner.

Als Köder schmieren sich die Pflanzen Nektar ums Maul: Drüsen am Kannenrand, dem „Peristom“, sondern Süßstoff ab. Auf dem Weg dorthin rutscht ihre Beute auf der glitschigen Oberfläche aus und plumpst in den Verdauungssaft im Inneren. Nach unten gerichtete Härchen an den Seiten sorgen dafür, dass Krabbeltiere keinen Halt finden, um emporzuklettern. So werden sie langsam von den Enzymen im Saft verdaut.

Die Ingenieur:innen Tak-Sing Wong und Birgitt Boschitsch haben sich diese Aquaplaning-Strategie genauer angeschaut und eine Beschichtung erfunden, die die Textur der Kannen nachahmt. Damit lassen sich verschiedene Oberflächen lange sauber halten, weil Bakterien und Dreck nicht haften bleiben. „Die Idee kam uns 2015“, berichtet Wong im Magazin seiner Universität, der Pennsylvania State University in den USA. „Mein

Team wurde gefragt, ob es beim Entwickeln hygienischer Toiletten ohne Spülung für Regionen im Globalen Süden helfen könne.“ Zwar gab es bereits starke wasserabweisende Lösungen, aber keine, an denen auch festere, klebrige Substanzen abperlen. 2018 entstand aus dem Forschungsprojekt das Start-up Spotless Materials. Seitdem wurden rund 2,8 Millionen US-Dollar Risikokapital und Preisgelder in die Technologie investiert, die Wong und Boschitsch LESS nennen: „Liquid Entrenched Smooth Surface“ (mit Flüssigkeit getränkte glatte Oberfläche). LESS enthält weniger Chemikalien als vergleichbare Mittel und könne den Wasserverbrauch beim Spülen (weltweit sind es täglich 141 Milliarden Liter) um 50 Prozent reduzieren. Beim Reinigen wiederum brauche man 90 Prozent weniger Flüssigkeit, da es kaum Rückstände gibt.

Reiniger aus Silikon-Öl

So funktioniert's: Zuerst wird die Innenseite der Toilettenschüssel mit Polydimethylsiloxan (PDMS) besprüht. Beim Trocknen formt der Stoff Polymere, also fadenförmige Molekülketten, die an der Toilettenscheibe haften und wie winzige Härchen von ihr abstehen. Das imitiert die raue Struktur der Kannen. Danach kommt ein anderes Spray aus Silikon-Öl zum Einsatz. Die Polymere nehmen das Schmiermittel auf wie ein Schwamm – die Oberfläche wird rutschig. Nach etwa 500 Spülungen baut sich diese zweite Schicht biologisch ab und muss erneuert werden. LESS wirkt aber nicht nur

auf Porzellan und Keramik, sondern auch auf Glas, Plastik und Metall. Das Unternehmen vermarktet inzwischen Mittel für Windschutzscheiben und Sensoren am Auto, die Dreck und Eis fernhalten sollen, sowie für sterile medizinische Geräte wie Katheter. Eine weitere Anwendung erforscht Nicolas Vogel an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: Nach dem Vorbild der Kannenpflanze entwickelt der Bioingenieur Antihaf-Beschichtungen für Schiffe, die oft durch Muschelbewuchs beschädigt und verlangsamt werden.

Die Kannenpflanze ist aber nicht das einzige fleischfressende Gewächs, das zu Innovationen inspiriert hat. Forschende der Universität Stuttgart haben die Wasserfalle untersucht. Ihre Schnapptechnik ähnelt der von Venusfliegenfallen – nur lauert sie unter Wasser und ist noch zackiger. Berührt ein Tierchen die Haare auf den Innenseiten ihrer Blatthälften, klappen diese blitzschnell zu. Ganz ohne Gelenke und Muskeln. Eine Gruppe um den Bauingenieur Jan Knippers hat auf Basis davon „Flecto-fold“ entworfen: ein Jalousie-System aus vielen quadratischen Modulen, die ohne störanfällige Scharniere und Motoren auskommen. Dank eingebauter Luftkissen lassen sie sich per Luftdruck zusammen- und wieder aufrollen. Das Team forscht weiter an adaptiven Fassadenelementen, die der pflanzlichen Faser-Struktur nachempfunden sind. Wie eine Decke aus Hunderten, schneeweißen Blättern könnten sie künftig Bürogebäude einhüllen, um an heißen Tagen Schatten zu spenden. ●



Armut nicht verstecken, damit sich endlich die Strukturen ändern können

mich langsam wieder in Gesellschaft“, sagt er. Friederike Schlegel nickt: „Wir sind Freund:innen geworden. Es hilft, Menschen zu haben, die wissen, wie es ist, arm zu sein.“ Von solchen Erfahrungen hört #IchBinArmutsbetroffen-Sprecherin Susanne Hansen oft. „Das gemeinsame Engagement verändert.“ Da ist jener Mann, der vor der ersten Demo sagte: „Was habe ich schon zu erzählen?“ und heute Motor der Ortsgruppe Kiel ist. Da ist die Frau, die es vor Monaten kaum aus dem Haus geschafft hat und jetzt ein Praktikum beginnt. Hansen: „Und auch ich bin plötzlich gleichberechtigter Teil einer Gruppe: Hier fühle ich mich nicht weniger wert als die anderen, weil ich mir nichts leisten kann, sondern stehe mittendrin.“

Armutsforscher Christoph Butterwegge ist optimistisch. „Endlich bekommt Armut eine Stimme – von denen, die sie betrifft.“ In ihren Geschichten zeigt sich, dass Armut eben kein individuelles Versagen ist, sondern ein strukturelles. Dass sie alle treffen kann. Sichtbar machen ist nur der erste Schritt, die Strukturen ändern der entscheidende. Verantwortlich sei ein ganzes Bündel von Schief lagen, so Butterwegge: die Deregulierung des Arbeitsmarktes, allen voran ein Niedriglohnsektor, der seit 2010 um etwa 25 Prozent gewachsen ist; der Rückbau des Sozialstaates, von der Abschaffung der Sozialhilfe zugunsten von Hartz IV bis zu sinkenden Renten und einer Teilprivatisierung der Altersvorsorge; die steuerpolitische Ungleichheit. „Die Vermögenssteuer abschaffen und Mehrwertsteuer anheben ist nicht zu rechtfertigen“, sagt Butterwegge. „Wir müssen diese Entwicklungen endlich korrigieren und den Sozialstaat wieder stärken.“ Das auf Druck der Union abgespeckte Bürgergeld mit 53 Euro

mehr im Monat, etwas weniger Kontrollen, etwas mehr Zuverdienstmöglichkeiten und minimal mehr Schutz von Erspartem, wird wenig an diesen Strukturen kratzen.“

Vielleicht aber wird es die Kraft einer Bewegung schaffen, indem sie Armut ins öffentliche Blickfeld rückt. Zwar gehen bei manchen Demos nur einige Handvoll auf die Straße, doch sie bleiben dabei, Woche für Woche. Sind präsent in Medien, landauf, landab. Rücken ins Visier der Wissenschaft, Forschende an der Universität Hamburg planen eine Studie. „Aufgeben ist keine Option“, sagt Sprecherin Hansen. Sie hat wieder Fuß gefasst in ihrem Beruf als Journalistin. „Ich arbeite seit zwei Wochen wieder selbstständig und bin nicht mehr arm – aber ich bleibe dabei.“ Die Debatte ist angestoßen, den Blick abwenden geht nicht mehr. Und neue Bündnisse entstehen.

Es ist Samstag. Vor dem Himmel über dem Roten Rathaus in Berlin tanzen Plakate. „Löhne rauf“, „Seid ihr bescheuert? Alles ist zu teuer!“ Siebzig Initiativen haben das Bündnis „Umverteilen“ gebildet: #genugistgenug, #sanktionsfrei oder #werhatdergibt, die Linke ist dabei, die Europapartei Volt, die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Unten vor der Bühne stehen Mario Schubring, Elke und die anderen der Ortsgruppe, nur Friederike Schlegel nicht, die Kinder sind krank. Elke tritt ans Mikro, ihr Manuskript zittert. „Ich bin hier, damit mein Kind einmal sagen kann: Meine Mutter hat hier gesprochen, um zu zeigen, dass wir Armutsbetroffenen sichtbar werden müssen.“ Damit sich endlich etwas ändert. ●

*Namen von der Redaktion geändert

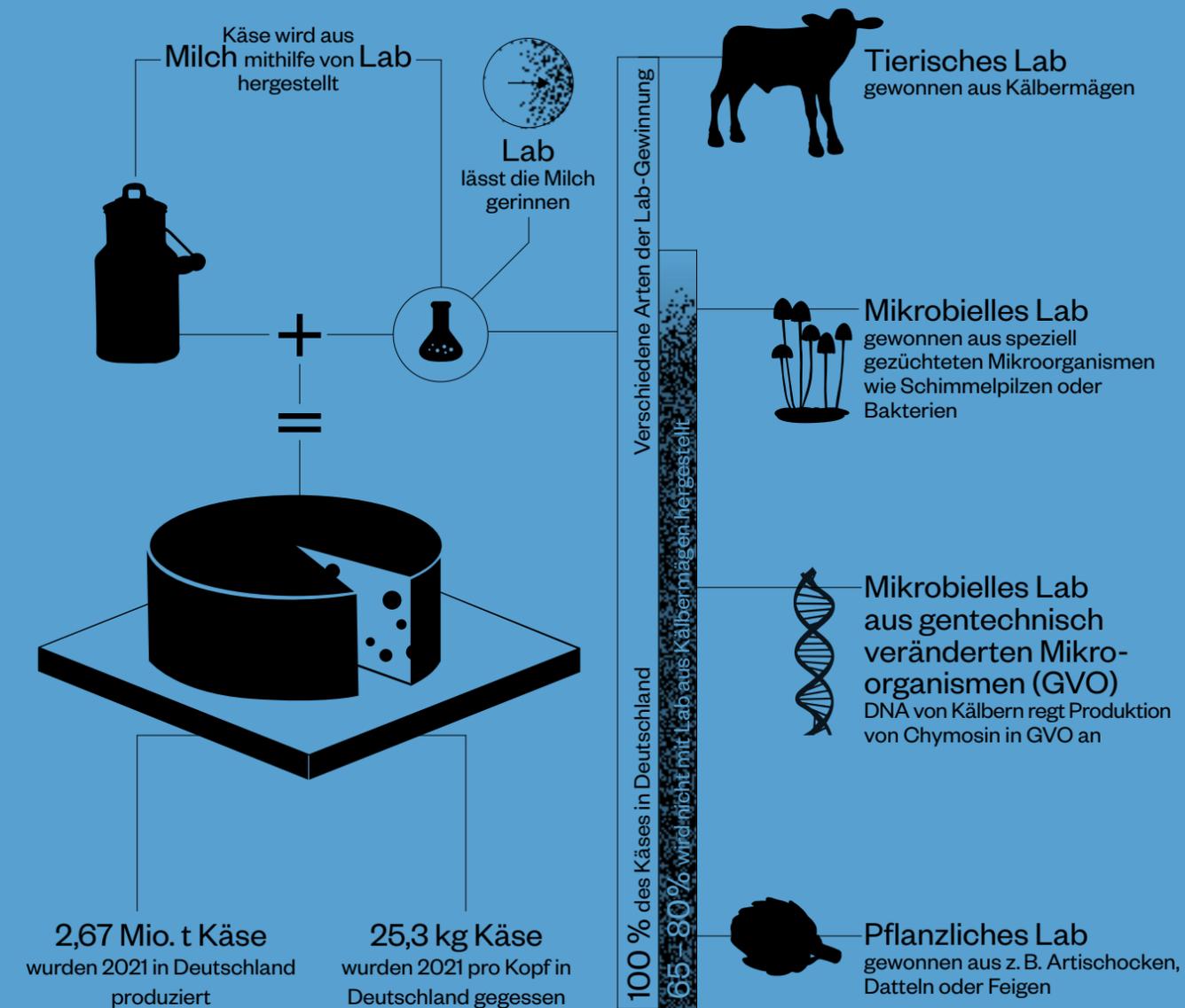
FOTO: IMAGO / IPON

Ist Käse vegetarisch?

Was stimmt, was stimmt nicht

Damit aus Milch Käse wird, kommt traditionell tierisches Lab zum Einsatz, ein Enzymgemisch, das im Lab-Magen von Wiederkäuern gebildet wird. Mithilfe dieses Labs gerinnt die Milch ohne sauer zu werden zu jenen festen Krümeln, aus denen Käse gemacht wird. Längst gibt es aber auch vegetarische Alternativen: Lab aus Schimmelpilzen,

gezüchtet im Labor, oder Lab-Austauschstoffe aus Pflanzen wie Feigen. Schätzungsweise 65 bis 80 Prozent der Käsesorten in Deutschland werden nun so hergestellt. Einige tragen das V-Label der EU, sind also vegetarisch. Sorten wie Parmesan und Gorgonzola enthalten oft weiterhin tierisches Lab: für einen intensiveren, würzigen Geschmack.





Schwerpunkt
Seite:

42 – 83

Einspruch fürs Klima

Wie wir das Recht für unseren
Planeten nutzen können

Illustrationen:

Sebastian Schwamm





Marzena Skubatz hat in Dortmund Fotografie studiert und lebt heute in Berlin. Mit ihren Arbeiten versucht sie das Unsichtbare einzufangen: „Ein Gefühl, eine Stimmung, einen Zustand, ein Rauschen, eine Frage, das Dazwischen.“ Ihre Faszination für den Norden und entlegene Orte zog sie 2021 nach Spitzbergen. Das Verwaltungszentrum der norwegischen Inselgruppe, Longyearbyen, ist die nördlichste Stadt der Welt. Hier sind diese Aufnahmen entstanden. Sie erzählen von den Folgen der Klimakrise, von verheerenden Schneestürmen, Lawinen und schwindenden Gletschern. Spitzbergens Eiskappen gehören zu den am schnellsten schmelzenden der Erde. „Ich hoffe, dass die Betrachter:innen sehen, was für eine überwältigend schöne und reiche Natur wir haben und was wir da gerade im Rekordtempo zerstören. Wir werden einen großen Teil davon für immer verlieren. Unwiderruflich. Das ist eine Katastrophe.“

Die Rechte und Pflichten des Wassers

Text: Morgane Llanque

Illustration: Sebastian Schwamm

Überall auf der Welt bekommen Flüsse, Wälder und Lagunen den Status von juristischen Personen zugesprochen. Kann das die Natur vor den Menschen retten?

„Der große Fortschritt dieser Fälle: Die Afrokolumbianer:innen und indigenen Gemeinden haben an Ansehen und Bedeutung gewonnen“

Der Atrato, Kolumbien

Die Holzboote, die über den Río Atrato gleiten, sind leuchtend orange, grün und blau gestrichen. Der drittgrößte Fluss Kolumbiens ist von Palmen gesäumt und bahnt sich auf 750 Kilometern Länge seinen Weg vorbei an Wäldern und Sümpfen bis hin zum karibischen Meer. Doch das Wasser des Atrato ist voller Gift. Illegaler Bergbau hat ihn mit Quecksilber und Blausäure gefüllt. Die Menschen, die am Ufer des Flusses in der Region Choco leben, erleiden ungewöhnlich häufig Fehlgeburten oder erkranken an Krebs.

2016 kommt es zu einem bahnbrechenden Urteil: das kolumbianische Verfassungsgericht spricht dem Atrato die Rechte auf Regeneration, Pflege, Erhaltung und Schutz zu. Zwei Jahre später verleiht das oberste Zivilgericht des Landes dem gesamten kolumbianischen Amazonasgebiet eine Rechtspersönlichkeit.

„Der große Fortschritt dieser Fälle ist, dass die Afrokolumbianer:innen und indigenen Gemeinden, die für diese Urteile kämpften, an Bedeutung und Ansehen gewonnen haben, und sich nun mehr Menschen für sie und den Fluss interessieren. Das führt zu einer langsamen, aber wichtigen Veränderung der Machtdynamik im Land“, sagt Catalina Vallejo Piedrahita, eine kolumbianische Anwältin. Zusammen mit den Jurist:innen Elizabeth Macpherson aus Neuseeland und Rahul Ranjan aus Indien untersucht sie im Auftrag der norwegischen Regierung, wie sich Personenrechte auf den Zustand von Flüssen weltweit auswirken.

Der sogenannten „Rights of Nature“-Bewegung liegt das in vielen indigenen Kulturen herrschende Verständnis zugrunde, dass die Natur und die

Menschheit zwei Seiten derselben Medaille sind, keine getrennten Lebewesen, sondern eins. Zuerst in die Rechtsordnung eines Staates übersetzt wurde diese Philosophie im indigen geprägten Lateinamerika: In den Andenstaaten Ecuador und Bolivien sind die Rechte von Mutter Erde seit 2008 und 2010 verfassungsrechtlich anerkannt. So klagt eine Naturschutzorganisation in Ecuador 2021 erfolgreich gegen ein Unternehmen, das in einem Urwald umweltschädlichen Bergbau betreiben wollte. Doch die Forschung zeigt: Juristische Personenrechte allein reichen für einen nachhaltigen Umweltschutz nicht aus.

„Die Abholzung im Amazonasgebiet nimmt weiter zu, und der Atrato ist nach wie vor stark verschmutzt, wir sehen keine echten Fortschritte“, sagt Vallejo Piedrahita. Was fehlt? Klare juristische Zuständigkeiten, einheitliche Verwaltungsstrukturen – und Pesos.

„Die Region Choco und das Amazonasgebiet gehören zu den ärmsten und am stärksten benachteiligten Regionen Kolumbiens“, erklärt Vallejo Piedrahita. „Es müssen also mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um die grundsätzlich guten Gesetze umzusetzen. Das ist die Aufgabe der nationalen Regierung und des Kongresses.“ Bisher stellt Kolumbien nur einen Bruchteil seines Staatshaushalts für das Umweltministerium bereit. Außerdem sind die Regionen auch Territorium von kolumbianischen Paramilitär- und Guerilla-Gruppen sowie von kriminellen Kartellen. „Wenn es keinen Frieden mit diesen Gruppen gibt und der Staat nicht die Kontrolle über das Land übernimmt, kann es keinen wirklichen Schutz und keine Wiederherstellung der Ökosysteme geben.“

— Rahul Ranjan, Jurist

„Dieses Gesetz verniedlicht den Fluss, macht ihn zu einem Kind. Stattdessen sollte man ihn und die Menschen, die seit Jahrtausenden dort leben, ernst nehmen“

Der Ganges, Indien

Die Privilegien, die dem Atrato 2016 zumindest auf dem Papier zukamen, wurden dem berühmtesten Fluss Asiens 2017 wieder weggenommen: Nachdem ein Gericht im indischen Bundesstaat Uttarakhand den heiligen Ganges als „juristische und lebende Person mit allen entsprechenden Rechten“ ausrief, betonte es auch die mit der juristischen Definition einer Person einhergehenden „Pflichten“ des Flusses. Die Regierung von Uttarakhand, wo der Ganges entspringt, ging daraufhin zum Obersten Gericht Indiens und argumentierte, dass die Regelung zu Ansprüchen gegen die Flüsse im Falle von Überschwemmungen oder Ertrinken führen könnte. Wer aber den Fluss vertreten und für ihn zahlen sollte, wenn ihn Millionen von Menschen, die am Ufer leben, auf Schadenersatz verklagen, lässt das Gesetz aus. So wurde es gekippt.

Jurist Rahul Ranjan ist selbst in einem Haus direkt an einem indischen Fluss aufgewachsen und hält das gescheiterte Gesetz für extrem ignorant. „Das größte Problem ist, dass es nicht zusammen mit den Gemeinden, die am Fluss leben, erarbeitet wurde, sondern von oben diktiert.“ Besonders kritisch sieht Ranjan, dass der Ganges im Gesetzestext als „Legal Minor“ bezeichnet wurde. „Dieses Gesetz verniedlicht den Fluss, macht ihn zu einem Kind.

Stattdessen sollte man ihn und die Menschen, die seit Jahrtausenden dort leben, ernst nehmen.“

Der Ganges ist an einigen Stellen seines 2.500 Kilometer langen Verlaufs biologisch so gekippt, dass es dort keinerlei Leben mehr gibt. Das Hauptproblem sind aber laut Ranjan nicht die Menschen, die dort die Asche ihrer Verstorbenen verstreuen oder sich rituell waschen, sondern die schlechten Abwassersysteme der Tausenden Dörfer und Städte entlang des Flusses, die Industrie, die ihre Abfälle direkt in den Fluss leitet, und die überdimensionierten Dämme, die zum Beispiel im Jahr 2013 zu einer tödlichen Überschwemmung des Ganges führten. Korruption und mangelnde Aufsicht schützen diese Unternehmen vor strafrechtlicher Verfolgung, sagt Ranjan. Ihnen müssten schärfere Gesetze und Kontrollen auferlegt werden. „Als ich für meine Recherchen am Ufer des Ganges entlangreiste, erzählten mir die Sadhus, also die hinduistischen Asketen und Eremiten*, die dort leben, im Hinblick auf die riesigen Dämme: ‚Es ist so, als habe man dem Fluss die Gliedmaßen abgetrennt und diesen verstümmelten Körperteilen dann Rechte gegeben.“

*Eine Frau, die diese Lebensweise wählt, bezeichnet man als Sadhvi.



— Elizabeth Macpherson, Umweltjuristin

„Für die Māori ist der Fluss ihr Vorfahr,
um den sie sich kümmern müssen“

Der Whanganui, Neuseeland

Wie geht es besser? Ein Vorbild für die Umsetzung von Rechten für die Natur, an dem sich auch Kolumbien und Indien orientieren könnten, ist Neuseeland. Oder wie das Land in der Sprache der indigenen Bevölkerung der Māori heißt: Aotearoa. In einem beispiellosen Kampf, der über 150 Jahre andauerte, erfochten die Māori, dass einer der größten und wichtigsten Flüsse des Staates, der Whanganui, ebenfalls zu einer juristischen Person ernannt wird.

Um die Handlungsfähigkeit des Flusses sicherzustellen, hat die Regierung ihm einen Fonds in Höhe von 30 Millionen neuseeländischen Dollar – knapp 18 Millionen Euro – zugesprochen. Zusätzlich erhielten diejenigen Māori-Gemeinschaften, die am Whanganui leben, 80 Millionen Dollar Entschädigung für die historische Ausbeutung und Zerstörung des Flusses seitens der Krone.

Elizabeth Macpherson, Umweltjuristin an der Universität von Canterbury in Christchurch, ist gerade auf dem Weg zu den Ufern des Flusses, um Feldforschung zu betreiben. „Ich kann nicht für die Māori sprechen, ich bin nur eine Beobachterin von außen“, betont Macpherson. „Wichtig ist jedoch zu erklären: Der Status als juristische Person ist nur ein kleiner Teil von dem, was hier passiert. Für die Māori ist der Fluss ihr Vorfahr, um den sie sich kümmern müssen.“ Für die menschliche Vertretung des Flusses wurde „Te Pou Tupua“ gebildet, das Gesicht des Flusses. Diese Institution besteht aus zwei Māori, die den Fluss rechtlich vertreten. Eine:r der beiden Vertreter:innen tut das im Namen der Krone.

„Der westliche Begriff einer juristischen Person kann nur eine Annäherung an die Beziehung zwischen dem Fluss und den Māori sein“, erklärt Macpherson. „Für die Gemeinden des Whanganui gilt: Ich bin der Fluss und der Fluss ist ich, in ihrer Sprache: Ko au te awa, ko te awa ko au.“ Esginge den Māori nicht um

die Befähigung zum Klagen, sondern darum, dass die Interessen des Flusses und aller Menschen, die mit und durch ihn leben, gemeinschaftlich gewahrt werden. Zu diesem Zweck wurde ein Rat gebildet, in dem neben der Krone auch Vertreter:innen aus verschiedenen Abteilungen der Regierung beteiligt sind, Umweltorganisationen und touristische Unternehmen, aber ebenso die Firma Genesis Energy, die über 80 Prozent des Flusses in ihrem Wasserkraftwerk nutzt, eine in Neuseeland wichtige Energiequelle, die den Fluss aber auch ökologisch belastet.

Diesem Beispiel folgend wurde in Kolumbien 2018 ebenfalls ein Gremium von „Guardiánes“, auf deutsch „Wächter“, gegründet, um die Interessen des Flusses zu vertreten und die Ressourcen des Flusses auf nachhaltige Weise zu bewirtschaften. Das reicht jedoch nicht aus, findet Vallejo Piedrahíta. „Neben den Gemeinden und dem Umweltministerium müssten dort auch andere Ministerien und das nationale Planungsbüro vertreten sein. Denn ohne das Zusammendenken von Haushalt, Bildung, Agrarpolitik und Verkehrspolitik kann die Umweltkrise nicht bewältigt werden.“

Macpherson, Ranjan und Vallejo Piedrahíta sind sich sicher: Auch wenn die Umsetzung komplex ist, die „Rights of Nature“-Diskussion hilft, unser System grundsätzlich anders zu denken und zu transformieren. Macpherson und andere Wissenschaftler:innen haben gemeinsam die Online-Plattform *Eco Jurisprudence Monitor* gegründet: Auf einer interaktiven Landkarte werden mehr als 300 Fälle weltweit sichtbar, wo derzeit Rechte für die Natur verhandelt werden oder schon durchgesetzt sind. Jüngst haben wir auch in Europa den ersten Meilenstein gesehen: Die Salzwasserlagune Mar Menor an der spanischen Mittelmeerküste wurde im Frühjahr 2022 als erste Natur-Entität Europas zur juristischen Person ernannt. ●

Unser Archiv der Lösungen

Die
nächste Ausgabe
erscheint am
24.02.2023



N° 03/22

Mission Artenrettung

Die Biodiversität schwindet in Rekordzeit. Wie wir den Kollaps verhindern, zeigen Menschen, die sich für Artenschutz engagieren. Etwa, indem sie Landschaften verwildern lassen, Korallen-Medizin entwickeln oder Biotope in der Großstadt schützen.

Außerdem:

- Ein Start-up fertigt Textilien aus Menschenhaar, um Produkte kreislauffähig zu machen
- Die Initiative Open Source Seeds kämpft gegen Saatgut-Monopole
- Ein Streitgespräch darüber, ob wir Zoos abschaffen sollten



N° 04/22

Die neuen Sattmacher

Millionen Menschen weltweit droht Hunger. Wie schaffen wir eine Zukunft, in der alle satt werden? Wir blicken auf den Speiseplan von morgen, fragen, wie gerechte Ernährung gelingen kann und suchen nach Lösungen im Labor, wo vegane Kuhmilch entsteht.

Außerdem:

- Abtreibungsrechte in Lateinamerika machen Hoffnung
- Warum eine junge Frau ehrenamtlich Sterbende begleitet
- Wie elektronische Nasen Tuberkulose aufspüren



N° 05/22

Bedingungsloses Grundeinkommen

Unsere Sozialsysteme scheinen am Limit. Könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen die Lösung sein? Wir schauen uns an, wie weltweit mit der Sozialutopie experimentiert wird.

Außerdem:

- Wundkleber inspiriert von Nacktschnecken-Schleim
- Ein Streitgespräch zur Frage: Muss Klimaprotest radikaler werden?
- Wie ein Start-up aus Jena Drogenchecks für daheim entwickelt

Ausgabe
verpasst?

Alle Hefte findest du bei
goodbuy.eu

shop.enorm-magazin.de

(Pssst... Diese Webseite zieht bald um. Wir richten natürlich eine Weiterleitung ein)

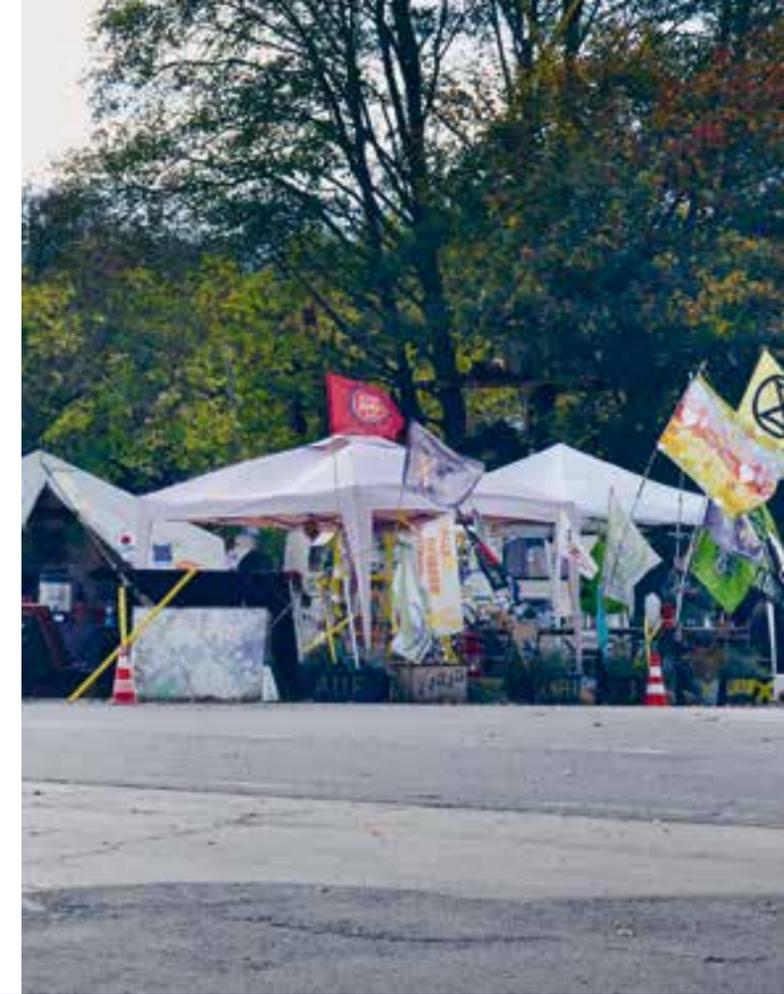








Lützerath in Nordrhein-Westfalen soll wegen der Braunkohlevorkommen darunter verschwinden. Rechtlich ist die Lage klar: Der Energiekonzern RWE will im Januar räumen lassen. Doch Aktivist:innen und Anwohnende verteidigen das Dorf



Das Dorf der Klimakrise



Knapp 100 Meter trennen Lützerath vom Abgrund. Hinter einer steilen Abbruchkante liegt ein Hunderte Meter tiefer Krater: der Tagebau Garzweiler II. Dort rattern und dröhnen die Bagger des Energiekonzerns RWE. Die Luft vibriert, der Boden bebt ganz leicht. Ohne Pause. Riesige Ungetüme aus Stahl pflügen sich auf Ketten und mit großen Schaufeln durch die aufgebrochene Erde. Sie fördern Braunkohle. Darum dreht sich in diesem Gebiet zwischen Köln und Mönchengladbach seit Jahrzehnten fast alles.

Als bunter Kontrast zur Mondlandschaft nebenan präsentiert sich das kleine Örtchen Lützerath. Auch wenn alle ehemaligen Bewohner:innen das Dorf verlassen haben – leer ist es nicht. Es ist eine farbenfrohe Welt, voller Kreativität und Ideen. Hausfassaden sind bemalt, mit Parolen geschmückt: „Lützerath Lebt“. Das ist der Name der Gruppe von Aktivist:innen, die seit knapp einem Jahr die verbliebenen Höfe und Häuser – einige wurden bereits abgerissen – besetzen.

Alternative Klima-Gesellschaft

Von den Gebäuden aus führen schmale Pfade zwischen hohen Bäumen und dichtem Buschwerk hindurch in das Camp am nördlichen Dorfrand. Hölzerne Toreingänge und Schilder weisen Besucher:innen den Weg. Rund 120 Menschen leben hier. In Baumhäusern, Zelten und eigens errichteten Holzhütten. Hinter einzelnen Büschen verstecken sich auch ein paar alte Wohnwagen. Es gibt eine provisorische Skatehalle, in der regelmäßig Raves stattfinden. Es herrscht Vielfalt: Teller klirren, Stimmengewirr überall. Teils gleicht die Stimmung der auf einem Festivalgelände. Doch hinter all dem steckt ein ernstes Anliegen.

Die Aktivist:innen wollen in Lützerath das Klima schützen – und gleichzeitig ein neues Gesellschaftsmodell leben. Klimaschutz geht nicht ohne Systemwandel, sagen sie. Ihr Ziel: weniger Ressourcen verbrauchen, Energie sparen, sich dem Kreislauf aus Konsum und Überschuss entziehen. Das Projekt „Lützerath Lebt“ will antikapitalistisch, antistaatlich, radikal anders sein. Der Kampf gegen die Kohleindustrie soll Lützerath zu einem Ort machen, „an dem wir Hierarchien abbauen, uns selbst organisieren“, erzählt eine Aktivistin. Sie nennt sich „Torte“. Die neue Dorfgemeinschaft trifft sich regelmäßig im Plenum, diskutiert, entscheidet basisdemokratisch über ihr Zusammenleben und ihre Ziele.

Für sie gilt: Im Kampf gegen die Klimakrise heiligt der Zweck die Mittel. Bereits mit der Besetzung von Lützerath begehen sie nach geltendem Recht eine Straftat. Denn die Flächen unter Lützerath gehören einem der größten Energiekonzerne des Landes, der RWE AG aus Essen. 24,5 Milliarden Euro Jahresumsatz, 18.246 Mitarbeiter:innen. RWE hat das Areal den ehemaligen Bewohner:innen abgekauft. Wenn die nicht wollten, wurde geklagt. In jahrelangen Prozessen bekam der Konzern formell Recht, darf alles räumen und abbaggern (siehe S. 81). Das Thema ist durch. Die Aktivist:innen setzen jetzt auf Rechtsbruch. Sie agieren deswegen unter Pseudonymen, viele treten nur verumumt auf.

Autonome Zone

Mit RWE habe man nie geredet. Das sei „zwecklos“, sagt Torte. Zusammenarbeit mit der Politik? Funktioniert auch nicht. „Wir sind hier, weil wir sagen, der Staat und die Regierung verfolgen keine ernsthafte Klimapolitik. Wir leben in dieser autonomen Zone, weil das Vertrauen in die Politik schon längst verloren gegangen ist.“ Deshalb leben die Aktivist:innen hier den Widerstand: „Für einen konsequenten Klimaschutz, gegen den Kohleabbau, für ein anderes Zusammenleben.“

Die Hauptstraße Lützeraths mündet in einen Kreis. Hier versammeln sich an einem sonnigen Novembertag 100 Demonstrant:innen. Die meisten tragen dicke Jacken, der Wind pfeift kalt über den Tagebaurand. Es gibt Kaffee, Kuchen und Tee. Jeden Sonntag demonstrieren hier die Aktivist:innen, ehemalige Bewohner:innen und Unterstützer:innen für den Erhalt von Lützerath. Gemeinsam.

Wer zuhört, merkt: Es gibt auch eine andere Seite des Aktivismus in Lützerath. Weniger laut, weniger radikal, aber genauso kritisch. Für diesen Ansatz steht Ralf Bußberg aus dem nahe gelegenen Erkelenz-Bellinghoven. Er sei seit 30 Jahren „Klimabewegt“, ist aktiv bei der Initiative „Alle Dörfer bleiben“, dem „bürgerlichen Arm der Protestbewegung“, wie er sagt. Die Philosophie: Demonstrationen statt Besetzung, Gespräche mit der Politik statt Blockaden. Die engagierten Anwohner:innen wollen das System nutzen, anstatt es abzuschaffen – und sehen sich dennoch wegen des gemeinsamen Ziels mit dem radikaleren Protest vor Ort verbunden.

An der Abbruchkante des Tagebaus (rechts) und an den Baumhäusern im Camp hängen Protestplakate. Rund 120 Menschen leben hier in den Baumhäusern, Zelten und eigens errichteten Holzhütten (unten)



Die „richtigen Aktivist:innen“, wie Ralf Bußberg sie nennt, also diejenigen, die im Dorf leben, sind seiner Ansicht nach „unheimlich wichtig“. Das Camp sei „ein spannendes Projekt“, ein „Experimentierfeld für eine Gesellschaft, wo wir uns alle hinbewegen müssen“. Dennoch ist der Ingenieur für Energie- und Umweltschutztechnik überzeugt, dass es am Ende eine breitere Masse braucht, um erfolgreich zu sein: „Die bekommt man nicht im extremen linken Spektrum – die findet man, dummerweise, unter den Grünen und ihren Wähler:innen.“ Dummerweise? Ja, denn an der Entscheidung, dass Lützerath verschwindet, waren die Grünen in NRW federführend beteiligt. Bußberg hofft dennoch auf Widerstand in der Partei.

Die Entscheidung ist erst vor ein paar Monaten gefallen: Am 4. Oktober verkündete RWE-Chef Markus Krebber in Berlin gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Mona Neubaur, grüne Wirtschaftsministerin in NRW, den vorgezogenen Kohleausstieg 2030. Acht Jahre schneller als eigentlich geplant. Gleichzeitig wird RWE im Auftrag der Landesregierung zwei Braunkohlekraftwerke weiter betreiben, die eigentlich zum Jahresende abgeschaltet worden wären. Durch den früheren Kohleausstieg bleiben zwar fünf Ortschaften am Tagebau Garzweiler II erhalten. Doch Lützerath soll das entscheidende, letzte Abbauopfer sein.

Wie trotz der Förderung von rund 280 Millionen Tonnen Kohle bis 2030 die deutschen Klimaziele im Sinne des Pariser Abkommens von 2015 eingehalten werden können? Antworten darauf bleiben die regierenden Beteiligten bis heute schuldig. Wirtschaftsministerin Neubaur sagt dazu auf Nachfrage nur: Der Klimaschutz sei „eine Gesamtaufgabe“. Sie erklärt weiter: „Das 1,5-Grad-Ziel bleibt global ein wichtiges Ziel.“ Eines, das laut Studien, unter anderem vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, mit der Vereinbarung vom 4. Oktober in Berlin nicht erreicht werden wird.

Mehr als ein Symbol

Das kritisiert auch der Klimaaktivist und Umweltpsychologe Alex Werneke von „Alle Dörfer bleiben“: „Wir haben gelernt, mit welchen Strategien wir erfolgreich Druck ausüben können. Wie wir die Institutionen in eine Dilemmasituation bringen, indem wir rechtliche und politische Möglichkeiten ausschöpfen. In Lützerath entscheidet sich,

Erfolgreicher Protest

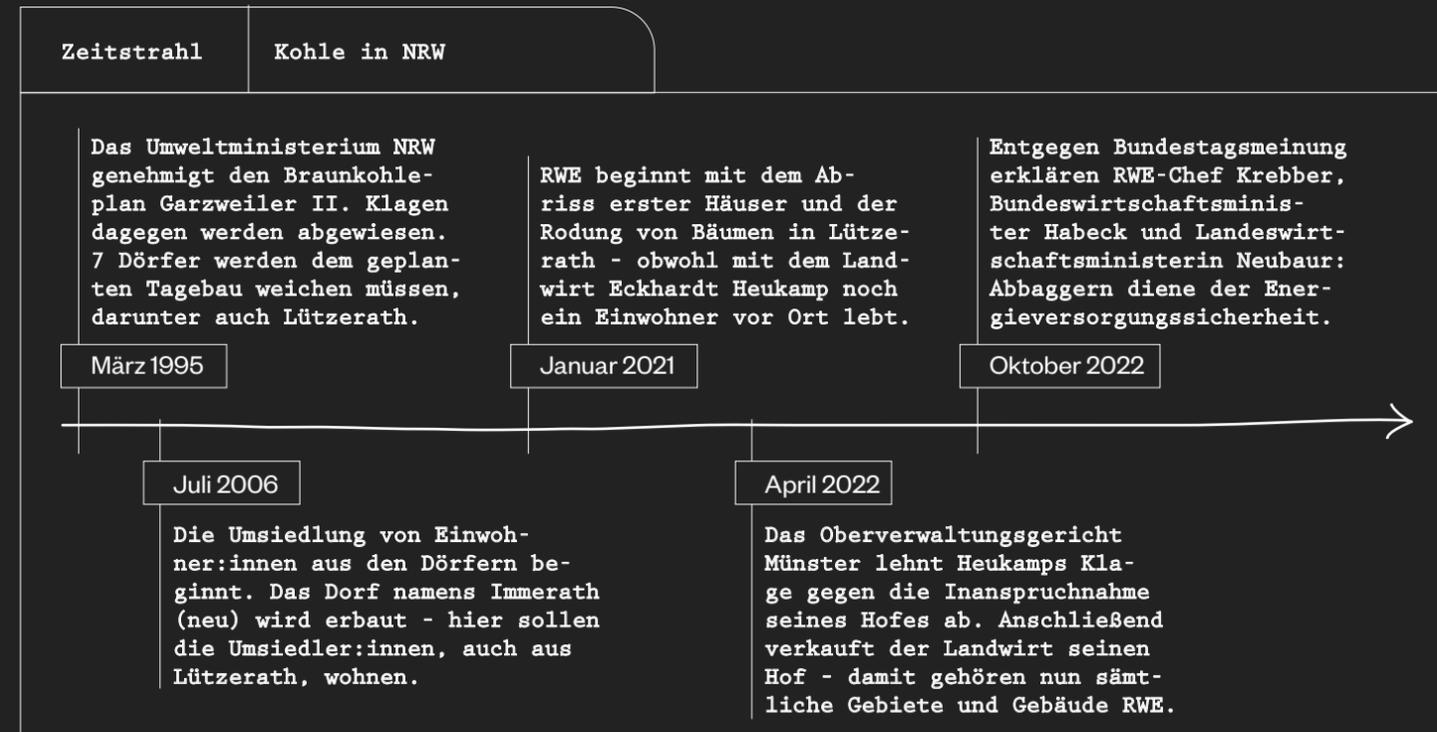
Im Hambacher Forst erreichten Aktivist:innen durch Klagen und Protest einen Stopp der Abbaggerungsarbeiten. Nach der geplanten Verkleinerung des Tagebaugesbietes kann der Hambacher Forst erhalten bleiben. Das Verwaltungsgericht Köln urteilte 2021, die Grundlage für die Räumung des Gebietes im Jahr 2018 sei rechtswidrig gewesen.

Auch das Dorf Pödelwitz in der Nähe von Leipzig wurde gerettet. Dort entschied sich die Landesregierung gemeinsam mit dem Energieunternehmen Mibrag nach jahrelangem Protest von Anwohnenden und Aktivist:innen, auf eine Abbaggerung der Ortschaft zu verzichten. Seitdem träumen sie in Pödelwitz davon, dem Dorf neues Leben einzuhauchen.

ob wir das 1,5-Grad-Ziel erreichen.“ Er meint: Wenn die Kohle abgebaggert und verstromt wird, ist die Einhaltung des Pariser Abkommens und des 1,5-Grad-Ziels nach Studienlage ausgeschlossen. Auch deshalb ist der Ort für die Aktivist:innen mehr als ein Symbol.

Bisher wurde die Besetzung geduldet – wohl auch aus Angst davor, bei einer Zwangsräumung ein ähnliches Desaster wie 2017 bei der Räumung des Hambacher Forstes zu riskieren. In deren Folge kam ein 27-jähriger Journalist zu Tode. Rechtlich kann Lützerath jederzeit geräumt werden. Ende November kündigte der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, einen Großeinsatz an. Gebäude sollen abgerissen, das Camp geräumt und die verbliebenen Bäume gerodet werden. Voraussichtlich im Januar soll es so weit sein. Das Camp bereitet sich intensiv auf die Räumung vor: Das Leben verlagert sich zunehmend vom Boden in die Luft. In bis zu zehn Meter Höhe sind rings um den großen Platz, der als Dorfplatz und Mittelpunkt des Lagerlebens dient, Baumhäuser errichtet worden. Freiwillig geht hier niemand.

Ralf Bußberg, selbst Mitglied der Grünen, hat derweil „Bauchschmerzen“, dass ausgerechnet seine Partei Vereinbarungen mit RWE trifft. „Wenn es zu einer Räumung kommt, dann trete ich aus.“ Sollte es ernst werden, —>



	Wichtige Studien	zu Lützerath	und Garzweiler II
Kurzstudie	Ob ein Abbaggern Lützeraths für die Energieversorgungssicherheit, wie von RWE behauptet, wirklich notwendig ist, ist umstritten. Eine Kurzstudie im Auftrag von Beyond Coal Europe kommt 2022 zu dem Ergebnis, dass keine „energiewirtschaftliche Notwendigkeit für die Inanspruchnahme weiterer Dörfer und Höfe am Tagebau Garzweiler II besteht“.		
Studie		Eine Studie des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) kam 2021 zu dem Ergebnis, dass eine Abbaggerung von Lützerath nicht notwendig sei.	
Gutachten			1. Auch ein Gutachten der Beratungsunternehmen BET und EY besagte 2019, dass mehrere Dörfer im geplanten Abbaugesbiet erhalten werden könnten. Kritik gab es am damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier, dessen Ministerium das Gutachten lange zurückgehalten hatte. 2. Für die Vereinbarung mit RWE vom 4. Oktober 2022 ließ das Landeswirtschaftsministerium drei Gutachten erstellen. Diese lassen laut Bericht des Spiegel erhebliche Mängel erkennen. So basieren alle Daten größtenteils auf Angaben von RWE oder stammen aus vom Konzern selbst in Auftrag gegebenen Erhebungen. Auch untersuchen alle nur je einen Teilaspekt und scheinen unter Zeitdruck entstanden zu sein.



Heilkräuter in Hochbeeten



Anuscheh Amir-Khalili

Anuscheh Amir-Khalili

mit Aktivistin

Mit einem Heilkräutergarten in Berlin unterstützt Anuscheh Amir-Khalili geflüchtete Frauen und Kinder. Geboren im Iran, macht sie den Kampf der Menschen dort auch hier sichtbar

Text und Fotos: Astrid Ehrenhauser

Berlin-Neukölln, die Hermannstraße an einem späten Oktobernachmittag: hektische Rufe, hupende Autos, hetzende Radfahrer:innen. Nur zehn Minuten zu Fuß entfernt, Wohnblöcke noch in Sicht, gedeihen in einem kleinen Garten auf dem Jacobi-Friedhof Heilkräuter. Thymian, Salbei, Rosmarin und Tulsi trotzen dem Herbst in Hochbeeten aus Holz, dazwischen ein paar Halme bereits abgeernteter Kamille: Hevrîn Xelef heißt der Ort, benannt nach einer kurdischen Politikerin, die 2019 von türkeitreuen Milizen ermordet wurde. In der autonomen nordsyrischen Region Rojava hatte sie sich für Frauenrechte eingesetzt. Darum geht es auch hier in Neukölln.

Etwa 20 Frauen, mit und ohne Fluchterfahrung, kommen regelmäßig in dem Heilkräutergarten zusammen, um zu jäten, zu säen, Raum für sich und für Gespräche zu finden. Hevrîn Xelef ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Flamingo, der sich für geflüchtete Frauen und Kinder stark macht, etwa mit Rechtsberatungen, Übersetzen und Dolmetschen, Kinderbetreuung, Workshops für Berufsbildung und Selbstverteidigungskursen.

Vor sieben Jahren hat Anuscheh Amir-Khalili den Verein gegründet, vor drei Jahren 500 Quadratmeter Garten gepachtet. Flucht und Trauma hat die 44-Jährige selbst erlebt: Im iranischen Bandar Abbas am Persischen Golf als Tochter einer Deutschen und eines Iraners geboren, floh sie mit der Mutter und den zwei Geschwistern als Achtjährige nach Deutschland, in einen kleinen Ort zwischen Bremen und Oldenburg. Die Erinnerungen an ihre Kindheit

vor der Flucht: geprägt von der Angst der Eltern, den Zwängen des totalitären Regimes, den Bombardements während des Ersten Golfkriegs. Später in Deutschland: Warten auf den Vater, dessen Suche nach Arbeit, Bangen um eine Rückkehr in den Iran, die nie kommen sollte.

Knallig orange strahlt Amir-Khalilis Adidas-Kapuzenjacke zwischen den Grün- und Erdtönen. Die schwarzen Haare hat sie zum lockeren Zopf gebunden, sie trägt Sport-Shorts, Leggings und Sneaker. Gerade war sie bei ihrem wöchentlichen Kampfsport-Training, Krav Maga. Flamingo bietet darauf basierte Selbstverteidigungskurse für Finta an, also für Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Menschen, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen. „Es geht dabei viel um den Einsatz der Stimme und darum, das Selbstbewusstsein zu stärken. Der Sport steht nicht unbedingt im Vordergrund“, so Amir-Khalili. Seit sieben Jahren praktiziert sie selbst Krav Maga, seit vier Jahren ist sie Sportschützin. „Es ist meditativ für mich, wenn ich mit dem Langgewehr im Liegen schieße. Ich muss mich runterregulieren, alles andere ausblenden.“ Die Stimme sanft, ihre flache Hand ruht auf der Brust. „Jedes Mal, wenn ich vom Schießstand weggehe, weiß ich: Jetzt ist alles gut.“ Bereits zwei Mal war sie Landesmeisterin in der Disziplin 100 Meter Präzision. Bescheiden wischt sie weg, wie stolz sie darauf ist. Auch wenn es um ihren Aktivismus bei Flamingo geht, spricht sie lieber über andere, viele sind enge Freund:innen: Zilan, Katja, Sias oder Şermin. Amir-Khalili ist es, die Menschen und Mittel zusammenbringt, wertvolle Netzwerke spinnt.

Fast alles läuft ehrenamtlich, ein Hangeln von Förderung zu Förderung, meist Stiftungsgelder oder Spenden. „Wir waren in einer Spirale der Abhängigkeit.“ Immer wieder fragte sie sich: Können wir uns das weiterhin leisten? Doch nicht nur die Aufgaben wurden mehr, sondern auch die Frauen, die auf Flamingo zählten. Amir-Khalili ist Idealistin und weiß doch: „Wir Frauen leisten Care-Arbeit in Vereinen und zu Hause und dabei verdienen wir kaum etwas, sodass wir später in die Altersarmut rutschen. Wenn wir uns bei Flamingo selbst so ausbeuten, hat das mit Feminismus nichts zu tun.“ Vor einem Jahr war daher klar: „Entweder wir hören auf oder wir machen das jetzt richtig, als Business.“ Sie gründen das Social Start-up Band Of Sisters, um online Produkte zu verkaufen (bit.ly/3XtEHsH), derzeit Pfefferminz-Rosmarin-Balsam, Tee und Naturseifen nach traditionellen Rezepten nordsyrischer Frauen. 20 Prozent der Erlöse sollen in das selbstverwaltete Frauendorf Jinwar in Rojava,



Tee mit Botschaft

Nordsyrien, fließen. Spenden von Flamingo halfen dort bereits, eine Trinkwasserversorgung und ein Gesundheitszentrum aufzubauen.

Dicht wuchern Brennnesseln zwischen den Beeten und über die Trampelpfade, die sich zwischen Fenchelstauden und Brombeer-Hügeln schlängeln, dazwischen wilder Hopfen. „Aus den Brennnesseln machen wir ein Pulver, das ist voller Eisen. Der Hopfen wird zu Beruhigungstee“, sagt Amir-Khalili. Sie zeigt auf ein abgeerntetes Gemüsebeet, das Frauen des kurdischen Frauenrats Dest-Dan pflegen, „Freundinnen des Heilkräutergartens“, wie Amir-Khalili sie nennt. Auch andere feministische Aktivist:innen treffen sich auf dem Grundstück. Zwei Gärtner:innen sorgen einmal wöchentlich für die Grundstruktur. Im Frühjahr möchten sie Lehmbänke für den Garten fertigstellen, denn Stühle wurden immer wieder geklaut. Die Kosten tragen Stiftungen wie die Anstiftung. Dort arbeitet Amir-Khalili nun selbst seit Anfang des Jahres als wissenschaftliche Mitarbeiterin, 30 Stunden pro Woche. Transkulturelle Gärten sind ihr Thema, speziell als Orte für geflüchtete Menschen.

Der Bauwagen duftet nach Salbei und Thymian, die in feinmaschigen Hängekörben trocknen. Roségoldene Teedöschen stehen in den Holzregalen, manche außen schon leicht angerostet, darauf „Jin, Jiyan, Azadi“, „Frau, Leben, Freiheit“, politischer Slogan der kurdisch-feministischen Freiheitsbewegung. Als die 22-jährige Kurdin Jina Mahsa Amini am 16. September in der iranischen Hauptstadt Teheran auf brutale Weise festgenommen wird und in Polizeigewahrsam stirbt, findet „Jin, Jiyan, Azadi“ international wieder Gehör. „Das macht auch hierzulande sichtbar, was dort schon so lange passiert: ein totalitäres Regime der Scharia, das errichtet wurde, um Frauen und Mädchen zu kontrollieren und zu unterdrücken.“ Amir-Khalili spricht entschieden: „Das sind keine Proteste mehr, das ist eine Revolution, eine feministische.“ Die Kraft der kurdischen Community und der jungen Menschen macht ihr Hoffnung: „Sie gehen raus für ihre Freiheit und sind bereit, ihr Leben zu opfern. Es gibt keinen Weg mehr zurück.“ Wichtig auch die weltweite Solidarität: „Dass 80.000 Menschen auf der Demo in Berlin waren, macht Druck auf den Globalen Norden, nicht weiter Geschäfte mit dem Regime im Iran zu machen.“ Es sind Sätze wie diese und schonungslose Bilder aus dem Iran, die sie täglich auf Social Media postet.

Lesbos, November 2010: Anuscheh Amir-Khalili dreht einen Dokumentarfilm mit geflüchteten Minderjährigen



Natur-Treff für Aktivist:innen

auf der griechischen Insel. Sie ist ausgebildete Kamerafrau, hat Iranistik und Anthropologie studiert. „Lesbos war ein Knackpunkt für mich. Ich habe gemerkt: Zu diesem Aktivismus zieht es mich.“ Zurück in Deutschland lässt sie sich schulen, in Rechtsberatung für Geflüchtete, übernimmt wenig später die Vormundschaft für einen zwölfjährigen afghanischen Jungen, Yahya, seine Eltern ermordet von den Taliban. Doch gerade hat sie selbst ihr erstes Kind geboren. Als ihre Tochter erkrankt, strauzelt sie, denkt: „Ich schaffe das nicht.“ Doch Yahya braucht sie. Bis heute haben sie eine enge Bindung, seine Tochter ist nach der ihren benannt.

New York, Mai 2022, eine Preisverleihung: Runde Tische, gedeckt für eine Gala, Scheinwerfer erstrahlen die Bühne. Die Singer-Songwriterin Milck spricht: „Unsere nächste Preisträgerin setzt sich unermüdlich für Frauen und Mädchen ein, deren Leben durch ethnische Spannungen, politische Auseinandersetzungen, Hungersnöte, Klimawandel und Terrorismus zerstört wurde.“ TV-Journalist Scott Evans ergänzt: „Sie ist auf einer Mission, geflüchtete Frauen und Kinder zu empowern.“ Amir-Khalili schreitet auf die Bühne, nimmt den Global Citizen Award für Deutschland entgegen. Die international tätige NGO ehrt Aktivist:innen, schafft Aufmerksamkeit für deren Arbeit und die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN. Seither findet Amir-Khalili immer mehr ihre öffentliche Stimme, schreibt etwa auf der Website von Global Citizen: „Die iranische Regierung repräsentiert das barbarischste und faschistischste System, das ich kenne.“ Und: „Ich kämpfe mit den Tränen, denn manchmal weiß ich nicht, was mieser ist: Menschenrechte so zu missachten, wie es die Regierung Irans tut, oder sie zu hintergehen, wie es von Europa getan wird.“ Im Kräutergarten wurde Ende November ein Maulbeerbaum gepflanzt, „Jina“ – als Herz eines Gedenkortes für feministischen Widerstand, mitgestaltet von kurdischen und iranischen Künstler:innen.

„Anuscheh!“, eine Person in Trainingsjacke und blond-blauen Haaren kommt strahlend näher. Steph Wintz gärtner im angrenzenden Prinzessinnengarten Kollektiv, hilft auch bei Hevrîn Xelef mit. In der Hand eine Porzellanschale, darin eine kleine Portion Getreide, Rotkohlgemüse und Joghurt. „Ich habe gerade Essen geschenkt bekommen, möchtest du es haben?“ Zeit zu essen hatte Amir-Khalili heute nicht, seit 9 Uhr morgens war sie unterwegs, doch sie winkt ab: „Nein, nein, ich esse gleich zu Hause was.“ Sie muss los, abends steht eine Live-Diskussion auf Twitter an, für Global Citizen. Worum es geht? Natürlich: die politische Lage im Iran. ●



Salbei & Thymian trocknen



Bauwagen mit Scharpenden

Mit dem Kolonialismus beschäftigt sich Morgane Llanque schon sehr lange. Nur vor ihrer Haustür hat sie noch nie nach seinen Spuren Ausschau gehalten

Mein erstes Mal...

... postkolonial durch den Kiez

Schon Hunderte Male bin ich am ersten Schwarzen Lokführer Berlins vorbeigegangen, ohne ihn eines Blickes zu würdigen. Man findet ihn am Ausgang der U6 zur U1, Station Hallesches Tor, direkt neben dem Backshop und dem Späti, wo ich manchmal Bulgursalat, Spritzkuchen oder Wegbier kaufe. Auf einem riesigen, zu Sepia vergilbtem Schwarz-Weiß-Foto steht Quane a Dibobe, sichtlich stolz, in seiner Uniform neben der Berliner Hochbahn. Ich kann mir nicht erklären, wie ich ihn mein ganzes Leben nicht bemerken konnte.

Meine Familie ist lateinamerikanisch-deutsch, ich habe während meines Studiums Seminare zu deutschem Imperialismus in Ostasien belegt, meinen Unesco-Freiwilligendienst in Namibia absolviert, um mich dort mit den Kolonialverbrechen meines Landes auseinanderzusetzen, verdiene mein Geld mit Texten zu dem Thema. Nur auf den Gedanken, mich mit Kolonialitäten* vor meiner eigenen Haustür zu beschäftigen, bin ich noch nie gekommen. Liegt es daran, dass es tröstlicher ist, das Böse in der Ferne zu verorten? Dass es einem die wunderschönen Berliner Altbau-Fassaden ruiniert, wenn man ihre historischen Schichten des Horrors freilegt?

Alles, was ich weiß, ist, wie sehr sich mein Blick auf meinen Kiez geändert hat, seit der kleine Kreuzberger Verbrecher Verlag dieses Jahr das Buch *Die postkoloniale Stadt lesen – Historische Erkundungen in Friedrichshain-Kreuzberg*** herausgegeben hat. Es führt von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, liest sich so spannend wie eine Staffel *Babylon Berlin* und macht Seite für Seite fassungslos. Der Sammelband dokumentiert, wie in Gewerbevierteln wie Kreuzberg Reichtum durch Kolonialwarenhandel entstand, wie rassistische Ausstellungen und Spektakel hier die Massen anzogen. Aber es erzählt auch von kaum bekannten Schwarzen Menschen, die hier schon vor über hundert Jahren für ihre Rechte kämpften.

Mit dem orange-blauen Einband in der Hand laufe ich also zehn Minuten von meiner Kreuzberger Haustür bis zum Halleschen Tor zu Quane a Dibobe und dem U-Bahn-Rondell, in dem sich sein Foto befindet. In der damals deutschen Kolonie Kamerun geboren, war er einer von über

hundert Afrikaner:innen, die 1896 nach Berlin kamen, um auf der Deutschen Kolonialausstellung zu arbeiten. Dibobe musste dort in eigens errichteten „afrikanischen Dörfern“ rassistische Stereotype weißer Menschen bedienen. Trotz der Erniedrigung und Zurschaustellung blieb er anschließend in der Stadt, fand einen Ausbildungsplatz bei den Berliner Verkehrsbetrieben und stieg zum Lokführer erster Klasse auf. Wie hart sein Weg dorthin war, will man sich gar nicht vorstellen. Seine bemerkenswerteste Leistung ist die nach ihm benannte Dibobe-Petition, die er gemeinsam mit 18 anderen Afrikaner:innen 1919 an die Weimarer Nationalversammlung schickte. Darin forderte er die Gleichberechtigung Schwarzer Menschen. Obwohl Dibobe nie eine Antwort erhielt, zeugt sein Widerstand von viel Mut und Selbstbewusstsein.

Ich laufe die Treppen von der U-Bahn nach oben und schlendere zum cremefarbenen Barockpalais, in dem sich heute das Jüdische Museum befindet. Dass dort einmal das oberste preußische Gericht seinen Sitz hatte, wusste ich nicht. 1854 wurde hier laut meinem Buch der Fall des Schwarzen brasilianischen Sklaven Marcelino verhandelt. Er hatte seinen deutschen „Herren“ auf eine Reise nach Berlin begleitet, klagte dort für seine Freiheit – und verlor. Dennoch schaffte er es, in Deutschland zu bleiben. Auch auf der Grundlage seines Falls kam es drei Jahre später endlich zu einem Gesetz, nach dem alle Sklav:innen, die preußischen Boden betreten, automatisch frei sind. So auch Marcelino. Er begann eine Ausbildung zum Tischler, kellnerte und arbeitete als Dolmetscher und Portier. Ein Artikel der *Wiener Kirchenzeitung* berichtet, dass er sich auch für die Rechte zweier Schwarzer Zwangsarbeiter stark machte, die für einen osmanischen Pferdehändler in Berlin arbeiteten.

Ich verbringe noch zwei Stunden mit meinem etwas anderen Guide und streife so langsam und bewusst wie noch nie durch mein Viertel. Geschichte ist überall. Schicht für Schicht schält sie sich heraus, um erinnert zu werden. ●

*Kontinuität von Kolonialismus und neue koloniale Strukturen

**Natalie Bayer & Mark Terkessidis: „Die postkoloniale Stadt lesen“, Verbrecher Verlag 2022, 20 Euro